

Verkaufpreis: In der Stadt mit Lieferlohn 40 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der belgische Außenminister über die Ergebnisse der Londoner Konferenz.

Brüssel, 12. Nov. Der Außenminister Hymans hat heute nachmittag in der Kammer eine lange Erklärung über die Ergebnisse der Londoner Konferenz und über das Londoner Protokoll verlesen. Er führte aus:

Was wäre geschehen, wenn das Sachverständigengutachten geachtet wäre. Die Entente wäre zusammengebrochen. Frankreich und Belgien würden sich von aller Welt isoliert, Deutschland allein gegenüber gesehen haben. Was wäre mit den Mietverträgen geschehen? Wie hätte man sie verlängern können? Man hätte zu Gewaltmitteln seine Zuflucht nehmen müssen, was was den größten Schwierigkeiten ausgesetzt hätte. Ohne Zweifel bleibt der Betrag der Reparationen, den die Verbündeten erhalten werden, hinter den hochgeschraubten Erwartungen zurück, denen sich die Geister nach dem Waffenstillstand hingaben. Das neue Budget läßt aber an die Stelle der Ungewißheit und der Unklarheit ein stabiles und positives Regime, ein von politischen und finanziellen Garantien umgebenes System treten. Hinsichtlich des Genfer Protokolls bemerkte Hymans: Ohne Zweifel bedauere ich, daß das von dem Genfer Protokoll vorgesehene System der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sanktionen erst nach einer Verständigung über die Abrüstung in Kraft treten kann. Es läßt sich in der Tat nicht verhehlen, daß die Frage der Abrüstung die ernstesten technischen Schwierigkeiten bietet, und daß eine Lösung die tiefsten und allerschwierigsten Vorarbeiten fordert. Das Genfer Protokoll, so meinte Hymans zusammenfassend, sei die Fortsetzung des Londoner Abkommens. Nach Regelung der Reparationsfragen habe man das Werk der Wiederaufrichtung Europas wieder fortgesetzt und der Politik praktischer Verwirklichungen das Ideal hinzugefügt.

Die Pariser Finanzfachverständigenberatungen.

Paris, 12. Nov. In Paris tagt bekanntlich seit zwei Wochen eine Konferenz der alliierten Finanzfachverständigen, welche sich bemühen, die materiellen Ergebnisse der Ruhrbesetzung unter den Alliierten aufzuteilen. In den ersten Tagen erschienen über die Verhandlungen wenigstens kurze offizielle Communiqués, die aber jetzt vollständig eingestellt wurden und da auch die Vertreter auf dieser Konferenz sowie der Quai d'Orsay jede Mitteilung über diese ablehnen, so ist man über die Vorgänge vollkommen im Unklaren. Man hat nur den Eindruck, als ob die Alliierten mit dem, was sie aus dem Ruhrgebiet herausholten, in vollkommen uneingeschränkter Weise schalten und walten zu können glauben, daß sie untereinander Aufteilungen vornehmen könnten, ohne sich darum zu bekümmern, was eigentlich Deutschland dazu zu sagen hätte. Den Eindruck hat man ferner, als ob die Engländer in einem wichtigen Punkt nachgegeben hätten. Ursprünglich mußte man annehmen, daß das Geld und die Waren, die die Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet beschlagnahmt hatten, auf das Reparationskonto gutgeschrieben würden und daß die Franzosen und Belgier die Besatzungskosten selbst bezahlen müßten. Jetzt aber scheint das englische Schachmat sehr darauf zu bestehen, daß die Besatzungsmächte sich mit den beschlagnahmten Materialien, insbesondere mit den metallurgischen Produkten bezahlt machen sollten, damit ihnen nicht von den rein materiellen Ueberschüssen auch noch die Besatzungskosten abgezogen würden. Damit sind aber die Franzosen nicht einverstanden, welche den Wert der beschlagnahmten Waren einfach behalten wollen und von dem Betrag, den sie als Ueberschuß der Besetzung herausrechneten, ihre Besatzungskosten abziehen möchten. Es handelt sich um einen Ueberschuß von 2 Milliarden 841 Millionen Franken. Der Wert der beschlagnahmten Materialien, insbesondere der metallurgischen Produkte, betrug 4 Milliarden 701 Millionen Franken. Von dem letztgenannten Betrag ziehen die Franzosen und Belgier vor allem 1 Milliarde 850 Millionen für die Eintreibungskosten ab. Die Engländer meinen, daß von dem Ueberschuß endlich die belgische Priorität gedeckt werden sollte.

Jergendein Uebereinkommen ist noch nicht zustande gekommen. Man hat aber auch nicht gehört, daß die Regierungen oder die Kriegskostenkommission in Paris sich für die ganze Angelegenheit interessieren würden. Bekanntlich verlangen auch die Amerikaner ihren Anteil an den materiellen Ergebnissen der Ruhrbesetzung, um sich für ihre Besatzungskosten in Höhe von mehr als einer Milliarde Mark bezahlt zu machen. Möglicherweise werden die Beratungen der alliierten Sachverständigen rascher

in Fluß kommen, wenn das belgische Kabinett demissioniert haben wird und ein neuer Finanzminister den belgischen Vertretern neue Direktiven geben kann.

Die nationale Krise in Italien. Drohungen Mussolinis.

Paris, 12. Nov. Der römische Korrespondent der „Chicago Tribune“ hatte eine Unterredung mit Mussolini, der ihm erklärte, er würde die Auflösung des Parlaments und die Proklamierung der Diktatur, wenn es notwendig wäre, beantragen, um sein wirtschaftliches und politisches Programm durchzuführen, welches dazu bestimmt ist, Italien in die erste Reihe aller Staaten zu stellen. Die Anschauung der Presse, wonach die Ereignisse vom 4. November für die faschistische Regierung ein schwerer Schlag gewesen seien, wird von Mussolini lebhaft bedauert. Er habe die Regierung und seine Partei fest in der Hand, und auch die Opposition und deren Mitglieder wendeten sich unaufhörlich telephonisch an ihn, um ihn um Schutz zu bitten. Mussolini erklärte endlich, daß er bereits Anstalten getroffen habe, um Verhandlungen wegen Rückzahlung der italienischen Schulden an die Vereinigten Staaten einzuleiten.

Eine Kundgebung der Oppositionsparteien.

Rom, 12. Nov. Die italienischen Oppositionsparteien, etwa 100 Abgeordnete, veröffentlichten eine Kundgebung an das Volk. Sie erklären, nicht eher an den Arbeiten der Kammer teilnehmen zu wollen, bis die Verhältnisse, die sie schon im Juli zum Verlassen des Parlaments zwangen, wieder beseitigt seien. Sie bedauern, daß der Chef der Regierung jede Verantwortung ablehne und weisen besonders auf die heissen Verhältnisse im Justizwesen hin. Die nationale Miliz, auch wenn sie jetzt auf den König vereidigt sei, bleibe eine Parteimiliz. Die Kundgebung wirft zum Schluß der Regierung vor, daß sie die Staatsverfassung verlegt habe. Die Oppositionsparteien würden die Beschlüsse der Kammer solange als rechts- und verfassungswidrig ansehen, bis die in der Verfassung niedergelegte Freiheit und Gesetzmäßigkeit wieder hergestellt sei.

Ueber diese Kundgebung kann die Opposition nicht hinausgehen, da sie zahlenmäßig zu schwach ist. Ihre passive Resistenz bleibt aber auf die Dauer für das Land ein unmöglicher Zustand.

Erklärungen Mussolinis.

Rom, 12. Nov. Mussolini hat gestern in der Versammlung der Abgeordneten der Kammermehrheit, an der 325 Abgeordnete und das Gesamtministerium teilnahmen, programmatische Erklärungen abgegeben, in denen er eingehend über die Tätigkeit der Regierung seit dem Schluß der Parlamentsitzung berichtete und die Angriffe der Opposition zu widerlegen versuchte. Mussolini glaubt, daß die Ordnung im allgemeinen wiederhergestellt sei und daß die Rückkehr zu normalen Verhältnissen schon allein durch die Wiedereröffnung des Parlaments und durch die Vereidigung der Miliz auf den König herbeigeführt sei. Das, was die Opposition unter der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse verstehe, sei nichts anderes als der Versuch, eine Ministerkrisis herbeizuführen, um zum alten Parlamentarismus zurückzukehren, der das Leben der Nation schädige. Die Versuche, aus einzelnen Vorkommnissen einen Zustand der Gesetzlosigkeit zu konstruieren, sei nur ein politisches Manöver. Jedes ungelegliche Vorgehen Einzelner würde unnachlässiglich durch die Gerichte bestraft. Das beweise die Tatsache, daß bisher 5300 Faschisten wegen solcher tief bedauerlicher Vorkommnisse dem Gericht zugeführt worden seien. Die Regierung werde dafür sorgen, daß die Ruhe im Lande aufrecht erhalten werde und habe deshalb alle öffentlichen Kundgebungen verboten. Mussolini sprach die Hoffnung aus, daß die Abgeordneten der Kammermehrheit, auch die nichtfaschistischen, allen Intrigen der Opposition fernbleiben werden, selbst wenn innerhalb der Kammer eine Umgruppierung notwendig werden sollte.

Zusammentritt der italienischen Kammer.

Rom, 13. Nov. Die italienische Kammer ist gestern zusammengetreten. Es waren 450 Abgeordnete erschienen, davon 380 Abgeordnete der Mehrheit. Der Kommunist Repossi erklärte, daß diese Kammer des Gedächtnisses eines Matteotti unwürdig sei, da sie von Caesare, Rossi, Giovanni, Aurinelli und Marinelli gewählt sei. Auf diese Äußerung erhob sich ein Sturm der Mehrheit und der Redner wurde mit Schimpfworten überhäuft. Die Ord-

Neueste Nachrichten.

Der belgische Außenminister Hymans gab in der gestrigen Sitzung der Kammer eine Erklärung über die Bedeutung der Londoner Vereinbarungen ab.

Im Pariser Außenamt fanden neue französisch-belgische Besprechungen zum Ausgleich der Handelschwierigkeiten statt.

Nach Pariser Meldungen ist eine Zusammenkunft zwischen Serriot und Baldwin geplant.

Im Reichsarbeitsministerium ist ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in Vorbereitung.

Ueber die Regelung der Beamtengehälter werden am nächsten Dienstag im Reichsfinanzministerium Verhandlungen stattfinden.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstags kündigte Staatssekretär Dr. Zweigert die gesetzliche Festlegung der Immunität der Abgeordneten der nach Auflösung des Reichstags weiter tagenden Ausschüsse an.

nung konnte, nachdem es beinahe zu Handgreiflichkeiten gekommen war, endlich wieder hergestellt werden. Die Abwesenheit Giolittis rief bei allen Abgeordneten große Überraschung hervor.

Zur Reichstagswahl.

Die Immunität der Abgeordneten.

Berlin, 12. Nov. Im Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Ueberwachungsausschuß) wurde die Immunitätsfrage der Mitglieder der nach Art. 3 der Reichsverfassung auch nach erfolgter Reichstagsauflösung noch bestehenden Ausschüsse, d. i. des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses, behandelt. Nach ausführlicher Aussprache stimmte der Ausschuß einstimmig der bereits in der Sitzung des Reichstages vom 8. Dezember 1923 von dem Präsidenten Loebe ausgesprochenen und neuesten in dem Schreiben des Reichspräsidenten Ballraf wiederholten Rechtsansicht zu, daß die Mitglieder der Ausschüsse gemäß Art. 35 der Reichsverfassung die Immunität besitzen.

Hergt über die Geschlossenheit seiner Partei.

Augsburg, 12. Nov. Gestern sprach der bisherige Führer der Deutschnationalen, Staatsminister a. D. Dr. Hergt, in einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei. Er führte u. a. aus: In England sei die Entwicklung stark nach rechts gegangen und auch bei uns sei die bevorstehende Wahl etwas Bedeutendes, weil sie Deutschlands Politik für vier Jahre festlege. Der Reichskanzler vergesse, daß die sogenannten deutschen Erfolge nur halbe Erfolge sind und daß man am besten von Erfolg nicht sprechen solle, solange das uns geschehene bittere Unrecht nicht wieder gutgemacht worden sei. Der Reichspräsident habe das deutsche Volk jahrelang schwer geschädigt, da er seine Macht zur Parteipolitik mißbraucht habe. Die Deutschnationalen hätten in London zweifellos viel mehr herausgeschlagen. Ihr Ziel sei die Revision der Dawesgesetze. In allem Unheil unserer Tage sei letzten Endes die Sozialdemokratie schuld. Er selbst habe sein Amt als Parteiführer der Einheit der Partei zum Opfer gebracht. Die Partei werde stärker denn je am 7. Dezember an die Wahlurne treten. Der englische Kuck nach rechts sei ein gutes Beispiel für die deutschen Wahlen und am 7. Dezember heiße die Parole: Rechts schwenkt, Marsch!

Der Reichskanzler über die Aufwertung.

Hildesheim, 12. Nov. Gestern abend fand in den beiden großen Sälen der Stadthalle eine große Versammlung der Zentrumspartei statt, in der Reichskanzler Dr. Marx vor etwa 3000 Personen über die Außenpolitik der letzten Monate sprach. Der Kanzler berichtete mit Genugtuung von den Erfolgen seines Kabinetts und verlangte die Fortsetzung der außenpolitischen Linie und den Willen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, soweit sie in unseren Kräften steht. Besonders beachtet wurden seine Ausführungen über die Aufwertung der Staats- und Privatsschulden. Dr. Marx wandte sich gegen die politische Betätigung der Organisationen der Pensionäre und Gläubiger, die von gewisser Seite ausgeübt würde, um dem Deutschen Reich in seiner gegenwärtigen Form Schwierigkeiten zu bereiten. (1) Zum Schluß trat der Kanzler den Vorwürfen entgegen, die Finanz-

Wagner vorher von Personalfelle gewählt werden. Er warnte vor etwaigen Verleumdungen in dieser Frage, da sie strafrechtlich verfolgt würden. Seine Rede schloß mit der Aufforderung, die Politik der Mitte weiter zu unterstützen. Der Redner fand ungeheuren Beifall.

Die Spitzenkandidaten der Deutsch. Volkspartei in Württemberg.

(E. B.) Stuttgart, 12. Nov. Die Deutsche Volkspartei in Württemberg hat an die Spitze ihrer Reichstagswahllisten den bisherigen Reichstagsabgeordneten Theodor Bides, den Glasmeister und Gemeinderat Karl Mayer in Ehlingen und den Staatsminister a. D. Dr. Ludwig von Köhler, Professor der Staats- und Rechtswissenschaft in Tübingen, gestellt. — Der über 200 000 Mitglieder zählende evangelische Volksbund für Württemberg erläßt zu den Reichstagswahlen eine Rundgebung, worin es heißt: Bei der Arbeit des kommenden Reichstags dürften die Aufgaben, die auf dem Gebiet der seelischen, sittlichen und sozialen Volkswirtschaft liegen, nicht gegenüber den wirtschaftlichen Fragen vernachlässigt werden. Insbesondere gelte es, an der Verwirklichung der Forderungen zu arbeiten, die in der sozialen Rundgebung des deutschen evangelischen Kirchentags in Bielefeld aufgestellt worden seien. Der Volksbund bittet seine Mitglieder, in ihren Parteien für diese Forderungen einzutreten und nur solchen Parteien die Stimme zu geben, die diesen Forderungen zustimmen.

Kleine politische Nachrichten

Die Versteigerung deutschen Eigentums in Kamerun.

London, 13. Nov. Einer Veröffentlichung zufolge prüfte der Kolonialsekretär die Frage der bevorstehenden Versteigerung früheren deutschen Eigentums in Kamerun nach. Er entschied, daß das zur Versteigerung kommende Eigentum ausdrücklich auch für den Verkauf an ehemals feindliche Staatsangehörige freigegeben worden sei und die Versteigerung bereits am 24. und 25. November stattfinden solle, es möglich sei, im letzten Augenblick die nach sorgfältigen Erwägungen von dem früheren Kolonialsekretär aufgehobenen Einschränkungen wieder einzuführen. Diese Einschränkungen seien zudem grundsätzlich auf Grund einer Entscheidung der britischen Regierung bereits 1922 in allen westafrikanischen Kolonien, Protektoraten und Mandaten Großbritanniens fallen gelassen worden. In der Erklärung des Kolonialsekretärs heißt es weiter, der Ertrag des Verkaufs solle dazu beitragen, den Gesamtbetrag zu erhöhen, der an die britischen Gläubiger, die gegen Deutschland Forderungen hätten, abgeführt werden. Es liege im Interesse dieser Gläubiger, daß ein freier Verkauf stattfinde und gute Preise erzielt würden. Gleichzeitig sei zu hoffen, daß die englischen Firmen und Privatpersonen die sich ihnen bietende Gelegenheit wahrnehmen und sich den größten Teil, wenn nicht den gesamten Umfang dieser wertvollen Besitztümer sichern würden. Hinsichtlich der Sicherheit und der Rechtstitel dieser Besitztümer erklärt der Kolonialminister, es sei kein Grund zu der Furcht vorhanden, daß Britisch-Kamerun einer fremden Macht ausgeliefert werde. Mit dem gleichen Rechte könnte man eine solche Furcht hinsichtlich einer anderen britischen Kolonie oder eines Protektorats hegen.

Die Waffenstillstandsfeier in London.

London, 12. Nov. London stand gestern im Zeichen der Erinnerungsfeier an den Waffenstillstand. Sowohl vor dem Kriegergebäuden als in der City fanden Feierlichkeiten statt. Eine ungeheure Menschenmenge

füllte die Straßen, in denen überall rote Mohntafeln verkauft wurden. Der Erlös dieses Verkaufs soll den Hinterbliebenen zugute kommen. Die allgemeine Stimmung, mit der England diesen Tag feierte, wird in einem Leitartikel des einflussreichsten Abendblattes der „Daily News“ zutreffend gekennzeichnet. Es ist in den sechs Jahren seit dem Abschluß des Waffenstillstandes zweifellos ein großer Stimmungsumschwung eingetreten. Der Leitartikel sagt: Vor sechs Jahren begrüßte London in einem Delirium von Freude die Nachricht von der Beendigung des großen Krieges. Endlich war der Friede gekommen, und zwar ein Friede mit dem Segen. Übertriebene Bersprechungen wurden gemacht, übertriebene Forderungen wurden bewilligt. Hohe Kriegslöhne und Zuwendungen aller Art konnten die Illusionen von Reichtum aufrecht erhalten. Sechs Jahre des Friedens sind gekommen und vorübergegangen, aber kein goldenes Zeitalter ist heraufgekommen. Wir befinden uns großen Schwierigkeiten gegenüber, die fast unüberwindlich erscheinen, und das ist unser eigener Fehler. Wir haben bewußt unsere Augen vor den vor uns liegenden Gefahren verschlossen. Heute erkennen wir unsere Irrtümer.

Eine Botschaft Baldwins an Herriot.

Paris, 11. Nov. Der englische Botschafter Lord Crewe hat gestern Abend dem Ministerpräsidenten Herriot eine Botschaft der neuen britischen Regierung an die französische überreicht. Der Ministerpräsident hat Lord Crewe beauftragt, Baldwin den Dank der französischen Regierung zu übermitteln.

Die erste Sitzung des neuen englischen Kabinetts.

London, 12. Nov. Das neue englische Kabinett ist heute zum ersten Mal in der Downingstreet zusammengetreten. Im Gegensatz zu den bisherigen Kabinettsitzungen der Arbeiterregierung hatten sich in der Downingstreet keine Neugierungen eingefunden, um die Minister zu sehen.

Deutschlands Reparationslieferungen an Kohle.

Paris, 13. Nov. Die Verteilungsstelle der französischen Schwerindustrie hat seit Jahresanfang 1924 bis einschließlich Oktober nach ihren Angaben von Deutschland insgesamt 3 510 933 Tonnen an Brennstofflieferungen erhalten. Die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich und Luxemburg werden in der Zeit vom 19. bis 25. Okt. auf 187 200 Tonnen angegeben.

Die Regelung der elsass-lothringischen Angelegenheiten.

Paris, 11. Nov. Der „Matin“ glaubt Einzelheiten über die Konferenz geben zu können, die vorgestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten über die Regelung der elsass-lothringischen Angelegenheiten stattgefunden hat. Darin sei folgendes beschlossen worden: 1. Abschaffung des Generalkommissariats für Elsass-Lothringen ab 1. 1. 1925; 2. Ernennung eines Verwalters (Administrateurs) für Elsass-Lothringen, der in Paris seinen Sitz haben soll. Für diesen Posten soll der Rektor der Universität Straßburg, Charlety, der auch gleichzeitig Referent für elsass-lothringische Angelegenheiten ist, in Frage kommen. 3. Beibehaltung der elsass-lothringischen Verwaltungsabteilungen für Unterricht, Kultus und für soziale Versicherungen. 4. Eingliederung der Verwaltungen von Justiz, Handel, Landwirtschaft und Finanzwesen in die betreffenden Zentralverwaltungsorgane. 5. Abschaffung des elsass-lothringischen beratenden Komitees und Einsetzung eines neuen Komitees in Paris, das aus von der Regierung ernannten elsass-lothringischen Bürgern zusammengesetzt sein soll. 6. Die

Frage des Konfordsats und des elsass-lothringischen Schulwesens soll dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegt werden.

Wiederaufnahme des Verkehrs auf den österreichischen Bundesbahnen.

Wien, 12. Nov. Heute nachmittag fand die Vertrauensmännerversammlung der Eisenbahnerorganisationen statt, in der der gestern mit den Delegierten vereinbarte Vermittlungsvorschlag zur Diskussion stand. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokraten verlangten eine Erweiterung des Vermittlungsvorschlages. Gegen 8 Uhr traten die Delegierten im Sitzungssaal der Generaldirektion der Bundesbahnen zu einer Konferenz zusammen, die zwei Stunden dauerte. Wiederholt hatte es den Anschein, als ob die Annahme des Vorschlages noch in letzter Minute scheitern würde. Erst gegen 10 Uhr wurde bekannt, daß der Vorschlag angenommen und der Streik beigelegt sei. Der Verkehr auf den österreichischen Bundesbahnen wird um Mitternacht wieder aufgenommen. In Hunderten von Telegrammen ging diese Mitteilung an alle Kopfstationen sofort ab. Die Vertrauensmänner der Eisenbahner wurden aufgefordert, sofort alle Vorkehrungen zu treffen, damit der Verkehr tatsächlich auch um Mitternacht wieder aufgenommen werden könne. Die Einzelheiten der Abmachung mit den Eisenbahnerorganisationen sind noch nicht bekannt.

Kleine Chronik.

Schweres Eisenbahnunglück bei Bruchsal.

Ein Todesopfer. — Sechs Wagen entgleist.

Bruchsal, 12. Nov. Bei der Einfahrt des von Mannheim kommenden Güterzuges 6272 mit Personenbeförderung in den hiesigen Bahnhof heute nacht um 12 Uhr entgleisten aus dem Zuge sechs Wagen, die zum Teil zertrümmert wurden. Der Eisenbahnschaffner Schmidt von Heidelberg wurde dabei so schwer verletzt, daß er nach zwei Stunden im hiesigen Krankenhaus starb. Der Materialschaden ist recht bedeutend. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Die Unfallstelle bietet ein Chaos.

Zu dem schweren Eisenbahnunfall, der sich in der vergangenen Nacht hier ereignet hat, wird noch berichtet, daß die Ursache in einem Achsenbruch zu suchen ist. Das Personenzuggeleise war durch den Unfall vollständig gesperrt, so daß die Personenzug- und Schnellzüge über die Güterzuggeleise geleitet werden mußten.

Die amtliche Darstellung.

Karlsruhe, 12. Nov. (Amtlich.) Heute nacht 12.34 Uhr entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Bruchsal ein Wagen des Güterzuges mit Personenbeförderung Nr. 6272. Infolge dieser Entgleisung sind dann weitere sechs Wagen entgleist und zum Teil umgefallen. Eisenbahnschaffner Schmidt-Heidelberg wurde schwer verletzt und starb nach seiner Einlieferung in das Bruchsaler Krankenhaus. Retende wurden nicht verlegt. Die Personenzuggeleise der Richtung Heidelberg und Graben sind gesperrt. Der Personenzugverkehr wird unter Benutzung der Gütergleise aufrechterhalten. Schnellzüge werden umgeleitet. Die Störung des Zugverkehrs wird im Laufe des heutigen Tages behoben werden. Untersuchung über die Ursache der Entgleisung ist eingeleitet.

Erster Probeflug des J. A. 3 nach Philadelphia.

Newyork, 12. Nov. J. A. 3 wird voraussichtlich am Sonnabend seinen ersten Probeflug in Amerika machen und wird hierbei Philadelphia besuchen.

Platanenallee Nr. 14

Roman von Dr. P. Meißner.

5. Fortsetzung. (Alle Rechte vorbehalten.) Nachdruck verboten.

Der Verteidiger Coopers, Justizrat Seebald, fuhr fort: „Der Mörder ist der langjährige Freund und Mitarbeiter Ribbentrops, der Chemiker Robert Lachner!“

Minutenlang regte sich nichts im Saal, die Ueberraschung war so groß, so überwältigend, daß sich keiner zurechtfinden konnte. Ja, war denn die Welt auf den Kopf gestellt? Der Verteidiger nannte den unbekanntenen Mörder, der Verteidiger wurde zum Ankläger!

„Der Mörder sollte hier vor Ihnen erscheinen, aber wir haben ihn nicht mehr erreichen können. Er steht schon vor einem höheren Richter und ist der irdischen Gerechtigkeit entzogen. Herr Kriminalkommissar Braun wird Ihnen darüber einiges mitteilen.“

„Ich habe in der Mittagspause von Herrn Doktor Helmstedt den Auftrag erhalten, Herrn Robert Lachner aus der Villa Platanenallee hierher zur Vernehmung zu holen. Die Schlüssel zu der Villa waren in meinen Händen. Ich nahm ein Auto und langte etwa zehn Minuten später in der Villa an. Als ich die Treppe zu der Wohnung des alten Herrn hinauffstieg, fiel mir die absolute Stille im Hause auf. Ich betrat das Wohnzimmer, nachdem auf mein Klopfen keine Antwort erfolgt war. Das Wohnzimmer war leer. Ich ging weiter in das Schlafzimmer und merkte sofort, was geschehen war. Ein starker Geruch nach Blausäure erfüllte den Raum und auf dem Bett lag angezogen Herr Lachner. Er war tot. Neben ihm auf der Erde lagen die Scherben eines Becherglases, ein ringförmiges Stück steckte noch in der wie im Krampf geschlossenen rechten Hand.“

Auf dem Tisch in der Mitte des Zimmers lag dieser Brief, adressiert an Doktor Helmstedt mit dem Zusatz: meine Beichte. Ich lege den Brief hier nieder.“

Braun trat zurück und Seebald ergriff wieder das Wort.

„Wenn der Herr Präsident gestattet, möchte ich Herrn

Doktor Helmstedt bitten, die Erlaubnis zu erteilen, daß dieser Brief hier verlesen wird, damit alle Anwesenden klar darüber werden, daß meine Behauptung, Robert Lachner sei der Mörder, richtig ist.“

„Herr Doktor Helmstedt, ich frage Sie, ob Sie in die öffentliche Verlesung dieses an Sie gerichteten Schreibens willigen“, wandte sich der Präsident an Helmstedt.

„Ich bitte sogar darum, Herr Präsident.“

„Dann werde ich selbst den Brief verlesen.“

„Wenn Sie dieses Schreiben zu Gesicht bekommen, bin ich nicht mehr. Ich weiß, daß es für mich keinen anderen Ausweg mehr gibt, denn ich will nicht von der Hand des Henkers fallen. Seit mir die Gewißheit geworden ist, daß Sie alles wissen, habe ich keine Ruhe mehr gefunden, ich wußte genau, daß ich Ihnen, was ich auch machen würde, nicht entgegen konnte. Auch das erstrebte Ziel kann ich nicht mehr erreichen, deshalb mache ich Schluß. Sie sind der Mensch, den ich am glühendsten zu hassen gelernt habe und ich würde Ihnen den Triumph dieser Beichte nicht gönnen, wenn nicht ein Unschuldiger in Gefahr wäre. Mein Gewissen ist schon so schwer belastet, daß ich nicht den Mut habe, noch mehr Schuld auf mich zu laden.“

Die Geschichte meines Elends ist kurz folgende:

Ich hatte früher in Chemnitz eine gut gehende Fabrik für Farben. Einige gute Patente sicherten mir Jahre hindurch ein glänzendes Einkommen und ließen mich ein Leben in Luxus und Verschwendung führen. Da kam die Katastrophe. Ein neues Verfahren wurde entdeckt, nach dem die von mir bis dahin ganz allein hergestellten Farben viel, viel billiger fabriziert werden konnten. Man kaufte nichts mehr bei mir, meine Fabrik stand still und ich, der ich niemals an Sparen gedacht hatte, der ich ein verschwenderisches Leben gewöhnt war, stand vor dem Nichts. In meiner Not wandte ich mich an meinen Jugendfreund Joseph und bat ihn um Unterstützung. Die Güte und Großmut, mit der er meiner Bitte willfahrte, treibt mich jetzt, wo ich dies schreibe, die Schamröte ins Gesicht. Joseph wollte Chemie treiben. Er hatte von der Wissenschaft keine Ahnung und kümmerte sich nicht um

Theorie, sondern wollte nur immer experimentieren. Wie es so häufig geht, hatte er bei diesem Experimentieren überraschende Erfolge. Erfolge, die mir, weil ich grübelte und rechnete und dadurch den Wagemut und den weiten Blick verlor, verjagt blieben. Jetzt begann eine juchbare Zeit. Der Reiz fraß in mir bis zur Unerträglichkeit, und ich lernte meinen Wohltäter hassen. Er, der gute, ehrliche Mensch, merkte nichts von alledem.

Eines Tages brachte er eine amerikanische Zeitung mit nach Hause. Wie sie hieß, kann ich nicht mehr sagen. Darin war ein Preis von 200 000 Mark ausgelobt für eine Methode, Aluminium zu löten. Wir kamen überein, gemeinsam an dem Problem zu arbeiten und machten aus, daß der, welcher die Methode finden würde, falls der Preis uns zufiele, zwei Drittel, der andere ein Drittel erhalten sollte. Von dem Tage an wurde ich die Gedanken an diese große Summe nicht mehr los. Wenn ich diesen Preis erwerben konnte, war ich wieder ein freier Mann, war ich auf niemanden mehr angewiesen. Ich litt unsäglich unter der Güte und den Wohlthaten meines Freundes. Er war rückwärtsvoll und vermied alles, was mir meine Abhängigkeit hätte zeigen können, und trotzdem haßte ich ihn, weil ich von ihm abhängig war. Mit diesem Preisausschreiben öffnete sich mir ein Weg zum Besitz, zum Wohlleben und alle meine ehrgeizigen Pläne von früher tauchten vor meiner erregten Phantasie wieder von neuem auf. Kein Mensch ahnt, wie mich der Hunger nach Geld ergriffen hatte, wie er mich quälte. Tag und Nacht fand ich keine Ruhe.

Ich arbeitete an dem Problem mit nervöser Hast und innerer Unruhe, eifersüchtig die Arbeiten meines Freundes verfolgend. Ich hatte es so oft erlebt, daß er spielend etwas fand, nach dem ich mühsam vergeblich strebte, und so entwickelte sich in mir ein Gefühl maßloser Angst, er könne mir zuvorkommen, er könne früher als ich das Problem lösen. Ribbentrop selbst arbeitete ganz ruhig ohne besonderen Eifer, ohne Hast, wie ihn gerade die Lust an kam. Was lag dem reichen Manne auch an dem Preis!

(Fortsetzung folgt.)

Vom Württ. Landtag.

Der Finanzsausschuss.

(S.C.B.) Stuttgart, 11. Nov. In der heutigen Sitzung des Finanzsausschusses fand der Haushaltsplan des Justizministeriums. Berichterstatter Abg. Bod (Str.) wünschte eine Abänderung der Notverordnung über die Zivilprozessordnung. Durch das Güterverfahren werde der Zivilprozess erschwert und das Vertrauen in den Richter erschüttert; auch das Verfahren vor dem Einzelrichter habe seine Schattenseiten. Ein Redner der Sozialdemokratie fragte nach den Vorschlägen, die das Justizministerium hinsichtlich der Aufwertungsfrage der Reichsregierung unterbreitet habe. Justizminister Beyerle glaubt, daß bezüglich der Zivilprozessordnung zunächst die Erfahrungen der Praxis abgewartet werden müssen. In der Aufwertungsfrage habe das württembergische Justizministerium dem Reichsjustizministerium die Punkte bezeichnet, in denen eine Wenderung dringend und möglich sei. Die Abgeordneten Andre, Bod, Pollich (Str.) bringen folgenden Antrag ein, dem sich die Abg. Scheef (Dem.), Schott (B.P.) und Egelhaaf (D.V.P.) anschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen, in der Aufwertungsfrage ihre Bemühungen auf Abänderung der dritten Steuerverordnung gegenüber der Reichsregierung fortzusetzen und im Verein mit den anderen süddeutschen Regierungen insbesondere darauf zu dringen, daß alsbald 1. die Höchstgrenze von 15 Prozent bei den privaten Hypotheken und Schuldverschreibungen, aber auch bei Schuldverschreibungen öffentlicher Körperschaften zu werbenden Zwecken eine Erweiterung in dem Sinne erfolgt, daß den Gerichten das Recht gegeben wird, nach Lage des Einzelfalles eine höhere Aufwertung festsetzen zu können; 2. die Bestimmungen über eine Rückwirkung zeitlich erweitert und angemessene Zahlungen auch ohne den Vorbehalt der Aufwertung teilhaftig werden; 3. die Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Zinsdienstes bei Anleihen des Reiches und der Länder nach sozialen Gesichtspunkten abzuändern und insbesondere den anerkannten Kleinrentnern gegenüber einen Rechtsanspruch auf bestimmte Zinsleistungen zu gewähren. Ein Redner der Bürgerpartei weist auf den Unfug mit den Grundschuldbriefen hin. Ein sozialdemokratischer und ein kommunistischer Redner besprechen eine Reihe von Einzelfällen aus der Rechtsprechung. Nächste Sitzung morgen Mittwoch, vormittags 9 Uhr.

(S.C.B.) Stuttgart, 12. Nov. In einem Zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltgesetzentwurf für 1924, der vom Staatsministerium dieser Tage festgestellt worden ist und dem Landtag demnächst zugehen soll, werden für die Verwaltung des Arbeits- und Ernährungsministeriums bei Kap. 31 weitere 200 000 M. gefordert, um dem Staate die Beteiligung an der demnächst zu gründenden württ. Luftverkehr-A.G. mit mindestens 25 Prozent des Aktienkapitals zu ermöglichen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. November 1924.

Um die Lehrerbildungsanstalt Nagold.

Der Bericht über die Übergabe des neuen Schulbaues für die höheren Schulen (Calwer Tagblatt Nr. 264) enthält in der Ansprache des Präsidenten Bracher von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen einen Passus, welcher in den interessierten Kreisen in Nagold einige Erregung hervorgerufen hat. Wir stehen nicht an, unseren Bericht zu erweitern und richtigstellend zu erklären, daß es sich hierbei um die Frage der Umwandlung der Nagolder Lehrerbildungsanstalt in eine höhere vollstufige Lehranstalt, welche naturgemäß eine Konkurrenzanstalt für die Calwer höhere Schule sein würde, handelte. Diese Frage schwebt schon seit längerer Zeit, und es dürfte selbstverständlich sein, daß bei ihrer Entscheidung auch die Belange der Stadt Calw und ihrer höheren Schule berücksichtigt werden. Präsident Bracher hat in seiner Festansprache erklärt, daß über das Schicksal der Lehrerbildungsanstalt Nagold zurzeit noch nichts Bestimmtes gesagt werden könne, daß er dabei aber, wie auch immer die Lösung sein möge, auch die Stadt Calw und ihre höhere Schule aufs sorgfältigste berücksichtigen werde. Es handelt sich also darum, ob in das Haus des Nagolder Lehrerseminars eine höhere Lehranstalt verlegt wird oder ob die Calwer höhere Schule zu einer Vorkursanstalt ausgebaut wird. Es wäre für die Stadt Calw eine außerordentliche Härte, wenn die künftige Entwicklung ihrer höheren Schulen, für welche sie jetzt schon durch Weiterführung der 7. Klasse ganz auf eigene Kosten erhebliche Opfer bringt, durch die Verlegung einer Konkurrenzanstalt nach Nagold verhindert würde.

Gefährdung des anständigen Geschäftsverkehrs.

Die W. Staatsanwaltschaft Tübingen schreibt uns: Nach dem berichtigten Hydra- oder Schneeballensthem versucht neuerdings eine efflässische Firma mit hoch klingendem französischem Namen von Forbach aus die Leute um ihr Geld zu bringen; sie bietet ein Fahrrad an gegen Erwerb eines Hauptbezugscheines um 40 M.; der Erwerber muß aber erst 4 andere Personen bewegen, ebenfalls 40 M. zu bezahlen, von denen er je 8 M. behalten darf; wenn hiernach die Firma 40 und 4mal 32 M., also 168 M. erhalten hat, liefert sie dem Erwerber jenes ersten Hauptbezugscheines 1 Fahrrad, der dafür nur 8 M. aufgewendet hat. Die andern Beteiligten aber bekommen erst etwas, wenn sie wiederum je 4 weitere Personen gefunden haben, die je wieder 40 M. bezahlt haben. Damit diejenigen 4 Leute, die dem ersten durch ihre Zahlung zu einem Fahrrad verholfen haben, ebenfalls eines bekommen, müssen also 16 Personen herhalten, und damit dieses etwas bekommen weitere 64, in der nächsten Reihe weitere 256 Personen. Selbstverständlich zahlt jeder nur in der Hoffnung, daß er bald 4 andere findet, die für ihn zahlen, aber sehr bald werden diese Gutgläubigen merken, daß es so viele „Gutmütige“ in ihrem Bekanntenkreis gar nicht gibt, und in kleinen Orten — wo solche Scheine ebenfalls schon abgesetzt werden — sind sicher nicht einmal 16 Personen zu finden, die darauf hereinfallen. Es ist Anlaß, darauf hinzuweisen, daß diese Art des Betriebs von Waren schon lange vom Reichsgericht als unerlaubte Auspielung für strafbar erklärt worden ist; sie stellt eine schwere Gefährdung des anständigen Geschäftsverkehrs dar, und niemand sollte dazu die Hand bieten, selbst wenn er für keine Person glaubt, 4 andere zur Zahlung überreden zu können.

Rundfunk-Schwarzhörere.

Nach einer Verfügung des Kultusministeriums befinden sich nach den Wahrnehmungen der Oberpostdirektion unter den zahlreichen Hörern des Unterhaltungsrundfunks, die dessen Darbietungen ohne die erforderliche Genehmigung der Deutschen Reichspost und damit zugleich ohne Gegenleistung an die Sendegesellschaft genießen, Angehörige von Schulen aller Art. Um die Bemühungen der Postverwaltung, die Zahl der „Schwarzhörere“ auf ein Mindestmaß zu beschränken, zu unterstützen, sind die Schulleitungen sämtlicher Schulen angewiesen worden, die Schüler, und zwar besonders diejenigen der Oberklassen, nachdrücklich auf die bestehenden Vorschriften hinzuweisen. Das von manchen Physiklehrern seither gelübte Verfahren, zu einmaliger Vorführung im Unterricht eine Empfangsanlage ohne Genehmigung vorübergehend einzurichten, ist unzulässig und soll schon des schlechten Beispiels wegen unbedingt vermieden werden. Andererseits soll aber der Betätigungsdrang physikalisch interessierter Schüler nicht gehemmt werden. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß für Schulen aller Art zu Unterrichtszwecken Funkversuchsanlagen für Empfang und unter Umständen auch zum Senden eingerichtet werden können.

Der 100jährige Kalender.

Der 100jährige Kalender spielt auf dem Lande noch eine große Rolle. Viele Landleute meinen, er gebe das Wetter vor 100 Jahren an und dieses Wetter müsse sich heute ähnlich wiederholen. Diese Auffassung ist aber ganz irrig. Die Witterung nach dem 100jährigen ist nicht diejenige vor 100 Jahren, vielmehr wiederholt sich dieser Kalender nach je 7 Jahren und stammt noch aus der Zeit, in der man das Wetter von der vermeintlichen Wirkung der damals für Planeten gehaltenen Gestirne Mond, Saturn, Jupiter, Mars, Sonne, Venus und Merkur ableitete. Sonach ist aus dem 100jährigen Kalender nicht der geringste Anhalt für den Ausfall des gegenwärtigen Wetters gegeben.

Sammett Eigel!

Die Eigel geben ein gutes Heilmittel gegen Durchfall. Sie werden zuerst in kleine Stücke geschnitten, zweimal mit kochendem Wasser abgebrüht und bis zum Erkalten stehen gelassen. Dann werden sie gedörrt, geschält und zuletzt geröstet und gemahlen. Auf 1 Liter Wasser nimmt man 10—20 Gramm gemahlene Eigel.

Welches Gemüse kann man im Winter im Freien säen?

Dort, wo der Garten schon im Herbst umgegraben ist, kann bei offener trockener Witterung, die ein Bearbeiten des Bodens erlaubt, verschiedene Samen eingebracht werden, so z. B. Möhren, Karotten, Petersilienwurzeln, Herbstribben, Dill, Pastinaken. Man erreicht durch so frühe Aussaat, daß diese Gemüse 8—14 Tage früher marktfähig werden. Selbstredend muß man die frühesten Sorten wählen. Man streue den Samen, den man vorher mit hellem Sand mischt, um ihn gleichmäßig verteilen zu können, auf das rauch gegrabene Land und habe ihn oberflächlich ein. Nur bei ganz feinen Sämereien muß vor dem Säen leicht gehackt werden, damit der Samen nicht zu tief zu liegen kommt.

Wetter für Freitag und Samstag.

Süddeutschland ist noch im Bereich des östlichen Hochdrucks. Ein Tief im Nordwesten begünstigt jedoch starke Nebelbildung. Unter diesen Umständen ist für Freitag und Samstag mehrfach bedecktes und vorwiegend nebliges Wetter zu erwarten.

(S.C.B.) Nagold, 12. Nov. Der schwer vorbestrafte Bauernhauseinbrecher Gottlob Nische aus Merklingen hat sich in den letzten acht Tagen mit einer Frauensperson in den Bezirken Calw und Nagold herumgetrieben. Montag nachmittag wurde er von einem Landjäger aus Nagold auf der Straße Nagold—Emmingen angetroffen, worauf er die Flucht ergriff. Bei der Verfolgung gab er auf den Landjäger und auf die zur Hilfe herbeigeilten Personen zahlreiche Schüsse ab, so daß es ihm schließlich gelang, in den nahen Wald bei Röttenbach zu entkommen.

(S.C.B.) Pforzheim, 12. Nov. In Dietlingen wurden nachts auf den Grundstücken dreier mit der Feldarbeit noch im Rückstand befindlicher Geschwister 60 Garben angezündet, die völlig in den Flammen aufgingen. Von den Brüdern hat man noch keine Spur. — Im Amtsbezirk Pforzheim finden Rindvieh- und Schweinemärkte wegen weiterer Verbreitung der Maul- und Klauenseuche bis auf weiteres nicht mehr statt.

(S.C.B.) Stuttgart, 11. Nov. Nach einer Bekanntmachung des Justizministeriums dauert die Zugehörigkeit zur Wehrmacht bis zum Ablauf des Entlassungstages. Ein Reichswehrangehöriger, dessen Entlassung auf einen späteren Zeitpunkt verlegt ist, bedarf also bis zu diesem Zeitpunkt zur Eheschließung der im Wehrgesetz vorgeschriebenen Heiratsgenehmigung. Die Standesbeamten sind daher angewiesen worden, eine Eheschließung der aus dem aktiven Dienst entlassenen Soldaten nur dann vorzunehmen, wenn eine Bescheinigung der Militärbehörde über die tatsächlich erfolgte Entlassung beigebracht wird oder aus den sonst beigebrachten Unterlagen zweifelsfrei zu erkennen ist, daß der Betreffende zum Zeitpunkt der beabsichtigten Eheschließung nicht mehr Soldat ist.

(S.C.B.) Stuttgart, 11. Nov. Aus Anlaß der Einbeziehung Württembergs in den europäischen Luftverkehr und der Gründung einer „Luftverkehr-Württemberg A.G.“ veranstaltete die „Aero-Lloyd A.-G. Berlin“ dieser Tage vom Flugplatz Böblingen aus in einem Dornier-Passagierflugzeug zahlreiche Rundflüge, an denen auch Staatspräsident Bagille und die übrigen Minister, Landtagsabgeordnete sowie zahlreiche Vertreter staatlicher Behörden, der Stadt Stuttgart und der Presse teilnahmen. Die Rundflüge sind glatt und zur vollen Zufriedenheit aller verlaufen.

(S.C.B.) Stuttgart, 12. Nov. Aus Anlaß der Aufhebung des allgemeinen Verbots von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge inner-

halb des befriedeten Kantreifes des Landtagsgebäudes nach wie vor verboten und strafbar sind. Außerdem können nach der Verfassung des Deutschen Reiches allgemein Versammlungen unter freiem Himmel bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

(S.C.B.) Bessingen, 11. Nov. Zu dem Felsrutsch in den Felsengärten wird von kundiger Seite mitgeteilt, daß der Schaden in den Weinbergen, die am Steilhang unterhalb der Felsengärten angelegt sind, sehr groß ist. Sie sind mit Schutt und Steingeröll bedeckt. Infolgedessen müssen nach dem Abräumen der Seimassen, nach dem Ausbau der Weinbergmauern die Weinberge neu bestockt werden, so daß mindestens 10 Jahre vergehen, bis sie wieder richtig im Ertrag stehen. Schuld an dem Felsrutsch dürften außer dem Zahn der Zeit und den vielen Regengüssen auch die Wanderslegel sein, die Steine in die Felspalten warfen und dadurch das Auseinanderfallen der Felsen beschleunigten.

(S.C.B.) Heidenheim, 11. Nov. Der städt. Haushaltsplan weist einen erheblichen Abmangel auf; der Gemeinderat hat deshalb um die Genehmigung zur Erhebung einer den Höchstfuß von 12 Proz. überschreitenden Gemeindeumlage nachgesucht. Diese wurde abgelehnt, und es wurde eine schärfere Ausnützung der der Stadt zustehenden Steuer- und Einnahmequellen durch Erhebung eines Zuschlags zur Gebäudeeinschuldungssteuer, Erhöhung der Hundesteuer, der Gebühren für Gas usw., Einführung einer Wertzuwachssteuer verlangt und weitere Sparmaßnahmen nahegelegt. Nur der Zuschlag zur Gebäudeeinschuldungssteuer mit 0,4 Proz. würde für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. März 1925 eine Mehreinnahme von 25 000 M. ergeben, sie wird aber vom Gemeinderat abgelehnt.

(S.C.B.) Crailsheim, 12. Nov. Kürzlich tagte hier der Kreisstädte-Tag, der zu wichtigen, die Städte betreffenden Fragen Stellung nahm. Hinsichtlich der Neuordnung der Gemeinde- und Bezirksverfassung einigte man sich auf folgende Leitfäden: Keine neue Gemeinde- und Bezirksordnung; fortschrittliche Ausgestaltung der bisherigen; keine Magistratsverfassung; Einschränkung des Genehmigungsrechts staatlicher Behörden; mögliche Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere der Rechnungs- und Kassenführung, sowie deren Revision; Entlastung des Gemeinderats von Bagatellsachen; Beibehaltung der Amtsversammlung und ihre Wahl durch die Gemeinderäte; Wahl des Bezirksrats durch die Amtsversammlung im allgemeinen nach den geltenden Bestimmungen; größere Selbständigkeit des Bezirksrats; Übertragung des Vorsitzes in Bezirksrat und Amtsversammlung an den Oberamtsvorstand. Von der Aufnahme von Auslandstrediten wurde abgeraten und gemeinsames Vorgehen empfohlen.

Aus Geld-, Volks- u. Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	1000,0 Ma.
1 holländischer Gulden	4,21 Bil.
1 französischer Franken	1680,7 Ma.
1 schweizer Franken	223,0 Ma.
	811,2 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 12. Nov. Auch an der heutigen Börse war die Grundstimmung fest, doch verhinderte der Umstand, daß viel Material an den Markt kam, ein Anziehen der Kurse.

Calwer Marktbericht.

Bei dem am 12. November 1924 abgehaltenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 244 Stück Rindvieh zugeführt; darunter befanden sich 24 Ochsen, 16 Stiere, 1 Färren, 112 Kühe, 77 Kalbinnen, 14 Kälber. Bezahlt wurden für Ochsen 400—525 M., Stiere 220—400 M., Kühe 200—600 M., Kalbinnen 340—580 M., Rinder 230—350 M., je pro Stück. Auf dem Schweinemarkt waren 28 Stück Läufer und 441 Stück Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurde für Läufer 60—110 M., für Milchschweine 20—46 M., je pro Paar. Pferde waren keine aufgetrieben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Ghees. Druck und Verlag der A. Oetker'schen Buchdruckerei, Calw.

Die Eigenart

eines selbstgebackenen Oetker-Kuchens ist sein hervorragender Wohlgeschmack und seine Billigkeit.

Versuchen Sie Dr. Oetker's Kakao-Sandtorte

250 g Margarine, ungesalzen oder gewaschen, Pfd. ca. 0.90	Mk. 0.45
250 g Zucker Pfd. ca. 0.45	0.23
200 g Gustin (225 g M. 0.29)	0.26
4 Eier St. ca. 0.19	0.76
1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	0.03
1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's „Backin“	0.03
50 g Kakao	0.15
	Mk. 1.91

Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt u. schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich Zucker und Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf ein Ei und etwas Puder, der vorher mit dem Backin gemischt wurde. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas Puder, bis die Eier und der Puder verbraucht sind. Zuletzt wird der Kakao unter die Masse gerührt und diese in eine mit Butter ausgestrichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund 1 Stunde gebacken.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher in den Geschäften, wenn vergriffen, durch Postkarte gratis und franko von Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld. *) Eingetretene Preisschwankungen sind zu berücksichtigen.

Ev. Kirchengemeinde Calw.
Heute Donnerstag
 abends 8 Uhr
erster Evangelisationsvortrag
 in der Kirche.
 Thema:
Auf der Flucht vor der Heimat.
Morgen Freitag 3 Uhr
erste Bibelstunde.
 Abends 8 Uhr:
Zweiter Vortrag.

Unser
Pelzwaren-Geschäft
 seit 65 Jahren fachgemäss betrieben, ist
reich ausgestattet in billig. u. bess. Artikeln
 und empfehlen wir solches zu gefälligem Besuch.
Geschw. Deuschle.

Garantierte Dauerbrandöfen!
 Gleichmäßig erwärmt
 Zimmer und Kohlenersparnis erzielend
Zimmeröfen Kochöfen
Fabriköfen
Wirtschaftsöfen
Waschkessel Kochherde
 Vergleichen Sie meine besonders niedrigen Preise.
 Wiederverkäufeln Sonderpreise.
H. Rülshimer Nachf., Pforzheim
 Eisenhandlung 13 Leopoldstraße 13.

Echt
 arabisch.
Mocca-Kaffee
 roh und jede
 Woche frisch
 gebrannt bei
Carl Serva
 Fernspr. 120.

1 möbl.
Schlafzimmer
 mit 2 Betten, in nur
 gutem Hause von
2 Herren gesucht,
 evtl. noch Wohnz. od.
2 Einzelschlafzimmer
 Schriftl. Angebote unt. B. C.
 268 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Blumenkohl,
 Spinat, Wirsing,
 Weizkraut, Blau-
 kraut, Rote Rüben,
 Gelbe Rüben,
 Zwiebel
 empfiehlt Chr. Hägele.

Manchester und Samt
 empfiehlt
 Frau R. Eberhard Witwe
 beim „Adler“.
400—600
Mark
 werden gegen gute Sicherheit
 aufzunehmen
gesucht.
 Angebote unter R. S. 268
 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Amtsgericht Calw.

Handelsregister-Eintrag vom 11. Nov. 1924 bei der Firma
 Heuters & Co. mit beschränkter Haftung in Liebenzell: Durch
 Gesellschafterbeschluss vom 29. Okt. 1924 wurde auf Gold-
 mark umgestellt und §§ 4 und 14 des Gesellschaftsvertrags
 geändert. Das Stammkapital beträgt jetzt 10000 Goldmark.

Lichtspieltheater Bad. Hof.
 Heute Donnerstag abend 8 Uhr
Buffalo Bill
 4. Episode
Auf dem Kriegspfade
 Als Einlage
„Paganini“ 5 Akte
 In der Hauptrolle
 Konrad Veidt und Eva May.

Samstag und Sonntag
 halte ich
Mekelsuppe

 bei vorzüglichen alten
 und neuen Weinen
 und lade hiezu höflich ein
Fr. Schad, zur „Jungfer“.

150 Liter
Milch
 nach Calw gesucht.
 Von wem, sagt d. Gesch. ds. Bl.
 Waisenhof.
 Eine

Ruh
 mit **Kalb**
 verkauft
 Georg Rittmann.

Der Unterzeichnete feht
 1 ältere Nutz- und
 Fahr-

Ruh
 sowie eine mit dem 3. Kalb,
 37 Wochen trüchtige
Fahrkuh
 dem Verkauf aus.
 Johannes Volz,
 Altbulach.

Beste Auswahl in
Chocoladen,
Cacao, Kaffee,
Tee,
Keks, Likören,
 billige bis feinste
 Marken
Hermann Häussler,
 Conditorei, Bahnhofstr.

2guterhalt. Sofa
1 Kommode
1 Küchenschrank
1 Wringmaschine
1 Gasherb
 und allerlei Hausrat
 sind sofort zu verkaufen
Lederstraße 156 III.

Spar- u. Vorschubbank Calw.
 gegründet 1862, neue Haftsumme 1 596 000 Goldmark

Teinach.
 Wolle, Wollwaren,
 Hemdenflanelle,
 Körperflanelle,
 Weiss Piqué,
 Schurzzeugle,
 Kleiderzeugle,
 Damast,
 Schirting,
 Blusenstoffe,
 Kleiderstoffe,
 Bettücher,
 Wachsücher
 empfiehlt billigst
Hch. Zerweckh.

Gut erhaltenen
Blüsch-Sofa
 zu verkaufen
 Bahnhofstraße 413 I.
 Ein Quantum trockenes
Eichenholz
 sucht zu kaufen.
 Gotthilf Bihler.

Schüranzen
 in verschiedenen Quali-
 täten, neu eingetroffen.
 Praktisches
 Weihnachtsgeschenk
 für ABE.-Schützen.
 Freie Befestigung.
 Kein Kaufzwang.
 Reichert, Mittlere
 Brücke.

**Dienst-
 boten-**
 gesuche haben im
 Calwer Tagblatt
 sicher Erfolg.

Freiwilliges, ehrliches
Mädchen
 von 15—18 Jahren
 für sofort od. später gesucht.
 Zu erfragen in der
 Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hier
 in den Spalten der
 kleinen Anzeigen fin-
 det die praktische
 Hausfrau gute Gele-
 genheit überflüssiges
 Hausgerät zu verkaufen!

Provisionsfreie Rentenmark-
 rechnung / Wert-
 beständige Rentenmark-
 sparten / Effekten / Geld-
 wechsel / Stahlkammern.

**Man streut
 den Frauen**
 jeden Tag
 Sand in die Augen bei Anpreisungen
 aller möglichen Schuhcrems. — Selbst
 den minderwertigsten Schuhputzmitteln
 werden in unlauterer Weise alle mög-
 lichen Vorzüge zugeschrieben, deshalb
 ist **sehr grosse Vorsicht** beim Ein-
 kauf notwendig. — Das **beste, spar-
 samste und billigste** von allen
 Schuh- und Lederputzmitteln ist und
 bleibt das überall sehr beliebte
PILO

Sybillie
Monte Carlo / Argentinien.
 Unsere Ur s a l a hat am 10. Oktober 1924 ein
Schwesterchen
 bekommen.
 Dr. med. Albrecht Fechter
 und Frau Klara, geb. Beutel.

Sommenhardt—Javelstein.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde u. Be-
 kannte zu unserer am Samstag, den 15. Nov.
 1924 stattfindenden
Hochzeitsfeier
 in das Gasthaus z. „Hirsch“ in Sommenhardt
 freundlichst einzuladen.
Georg Adam Luz,
 Sohn des Johs. Luz, Wiesenbauer, Sommenhardt.
Anna Weimert,
 Tochter des Gottfried Weimert,
 Maurermeister, Javelstein.
 Kirchgang 12 Uhr in Javelstein.
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Ein-
 ladung entgegennehmen zu wollen.

Oberlengenhardt—Weinberg.
 Wir beehren uns, zu unserer am Samstag,
 den 15. Nov. 1924 im Gasthaus z. „Hofen“
 in Oberlengenhardt stattfindenden
Hochzeitsfeier
 freundlichst einzuladen.
Michael Stahl,
 Sohn des Michael Stahl, Landw. in Oberlengenhardt.
Marie Reinschler,
 Tochter des Friedrich Reinschler, Landw. in Weinberg.
 Kirchgang in Schömburg um 12 Uhr.

In den nächsten Tagen treffen wieder
**la. Anthracit-
 Eiforbriketts**
 (Langenbrahm) ein.
 Bestellungen nimmt noch entgegen
Ulbert Staud, Kohlenhdlg.

Tüchtige
Hausierer,
 sowie
Hausiererinnen
 werden gesucht
 zum Verkauf einer erst-
 klassigsten Schuhcreme. Zu
 erfragen in der Geschäfts-
 stelle ds. Bl.

Henko
 Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
 spart Seife und Seifenpulver!
 Mitverwendung von Henko bei
 der Wäsche verbilligt das Waschen.
 Vorzügliches Einweichmittel.

